# HARBURG FÜR ALLE: SOZIAL UND GERECHT!

Unser Plan:

Zukunft für Harburg gestalten!



# Harburg für alle – sozial und gerecht!

### Präambel

Harburg ist ein Bezirk mit 165.000 Einwohnern, der kulturell nicht vielfältiger sein kann. Von den belebten Zentren in Harburg-Kern und Neugraben über dörfliche Strukturen bis zu der schönen Natur wie beispielsweise den Harburger Bergen oder der Fischbeker Heide: Harburg hat viel zu bieten. Aber es ist auch allgegenwärtig, was im Bezirk Harburg falsch läuft.

Harburg ist ein ständig wachsender Bezirk, das ist augenblicklich an den Neubaugebieten in Neugraben und Fischbek, aber auch an den vielen entstehenden Neubauten überall im Bezirk, besonders wahrnehmbar. Aber die neuen Stadtteile werden nicht so geplant, dass die soziale Infrastruktur mitwächst. Es werden auch längst nicht so viele Wohnungen gebaut, wie benötigt werden, schon gar nicht zu erschwinglichen Mietpreisen; die Wohnungsknappheit ist im Bezirk allgegenwärtig. Auch der Anteil der sozial geförderten Wohnungen an den Neubauwohnungen ist bei weitem nicht ausreichend, denn die meist extrem hohen Mieten sind Armutstreiber Nummer 1: Viele Harburgerinnen und Harburger müssen knapp fünfzig Prozent ihres Gehaltes allein für die Miete aufbringen.

Im Bezirk Harburg leben viele Menschen aus unterschiedlichen Kulturen. DIE LIN-KE. steht für eine Integration auf Augenhöhe. Niemand soll ausgegrenzt werden, die Gemeinsamkeiten müssen im Vordergrund stehen. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit bleibt auf allen Ebenen der Kampf gegen Hartz IV und die rechtswidrige Sanktionspraxis einer der Schwerpunkte unserer Arbeit, insbesondere durch unsere regelmäßige Beratung und Hilfestellung für Hartz-IV-Beziehende. Wir werden auch weiterhin diese Arbeit in Harburg fortsetzen.

Die sogenannte Schuldenbremse des Senats ist für die Bezirke eine Entwicklungsbremse. Vor allem die damit verbundene Kürzungspolitik in den Bezirken zeigt inzwischen ihre zerstörerische Kraft sowohl im sozialen Bereich, als auch in der Infrastruktur: Viele Straßen und Brücken unseres Bezirks sind in desolatem Zustand. Die Bezirke werden regelrecht kaputt gespart. DIE LINKE. lehnt diese Kürzungspolitik, die den Reichen, Vermögenden und Konzernen niedrige Steuern sichert, ab. Wir setzen uns für die Abschaffung der Schuldenbremse im Grundgesetz und in der hamburgischen Verfassung ein.

Die gesamte Arbeit im Bezirk wird mit jedem neuen, vom Senat beschlossenen, Haushalt unnötig erschwert. Statt einer langfristig angelegten Finanzierung, wird mit zeitlich begrenzten Mitteln gearbeitet, ohne jede Plansicherheit, weder für die Verwaltungsmitarbeiter, noch für Harburg.

Ehrenamtliche, die in ihren Tätigkeiten regelrechte Vollzeitstellen ausfüllen, tragen unzählige soziale Projekte in Harburg. Aber ein wachsendes Harburg benötigt noch mehr Angebote und viel mehr bezahlte Stellen im Sozialbereich. Und ohne einen Haushalt, der den Bedarfen gerecht wird, wird sich die Situation stetig verschlimmern.

Für die Bürger\*innen Harburgs müssen die politischen Entscheidungen ihrer gewählten Vertreter\*innen durch die Bank

transparent sein. Deshalb ist DIE LINKE. für eine Abschaffung des nicht-öffentlichen Teils aller Ausschüsse der Bezirksversammlung.

Hamburg ist ein Bundesland, in dem zwischen staatlicher und gemeindlicher Tätigkeit nicht getrennt wird. Die Bezirksversammlungen in Hamburg sind keine souveränen kommunalpolitischen Körperschaften, sondern, so will es die überholte Hamburger Landesverfassung, nur ein Teil der hamburgischen Verwaltung. Im Sport, in der Kunst, der Senior\*innenarbeit usw., überall werden durch die Kürzungs- und Sparpolitik des Senats die essentiellen Säulen der Gesellschaft untergraben. Daher ist eine starke kommunale Selbstverwaltung mit eigenem Haushaltsrecht unabdingbar. DIE LINKE. fordert deshalb eine größere Selbständigkeit der Bezirke, denn die Politiker\*innen vor Ort wissen am besten, wo im Bezirk der Schuh drückt.

DIE LINKE. steht für ein soziales Harburg für alle, ohne dass gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausgespielt werden, mit einer starken bezirklichen Selbständigkeit und Selbstbestimmung, für eine Kultur der Bürgerbeteiligung, Mitbestimmung und wirklich gelebter Demokratie.

### **Deshalb:**

Am 26. Mai DIE LINKE. wählen!



# Sozialer Wohnungsbau und Stadtentwicklung

Alle Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf. DIE LINKE. fordert, dass Wohnungsbau in Bezirk Harburg nicht länger nach dem Diktat des größtmöglichen Gewinns, sondern nach menschlichem Maß, nach ökologischen Kriterien und vor allem für die Menschen stattfindet.

Um dauerhaft eine soziale Wohnungsversorgung zu gewährleisten, brauchen wir einen am Gemeinwohl orientierten Sektor in der Wohnungswirtschaft. Wir brauchen eine neue Gemeinnützigkeit in der Wohnungswirtschaft. Das bedarf neuer bundesrechtlicher Regelungen, mit denen die steuerliche und sonstige Privilegierung gemeinnütziger Unternehmen gewährleistet wird. Es muss sichergestellt werden, dass Überschüsse nicht privat angeeignet werden können, sondern in den Unter-

nehmen verbleiben und in den neuen sozialen Wohnungsbau investiert werden. Die freien Grundstücke sind auf ihre Bebaubarkeit hin zu prüfen und freizugeben.

### DIE LINKE. fordert:

- ► Keine Bodenspekulationen! Grundstücke, die der Stadt Hamburg gehören, sollen nur in Erbpachtverträgen an die Bauherren übergeben werden. Nur so wird Wohnen auf lange Sicht wieder für jeden möglich!
- Dass auf öffentlichen Flächen ausschließlich sozialer Wohnungsbau betrieben wird.
- Dass Wohnungen nicht wie bisher nach einigen Jahren aus der Sozialbindung fallen. Sozialwohnungen müssen immer Sozialwohnungen bleiben!
- Mehr bezahlbare Wohnungen für Studierende und Auszubildende, die von



den horrenden Mietsteigerungen in Harburg in den letzten Jahren besonders betroffen sind. Ihre Einkünfte sind meistens zu gering, um sich die geforderten Mieten leisten zu können. Aber ohne eine Wohnmöglichkeit können sie ihren Studien- oder Ausbildungsplatz gar nicht erst antreten.

- Eine soziale Erhaltungsverordnung für betroffene Harburger Stadtteile. In Quartieren wie beispielsweise dem Phoenix-Viertel oder in Heimfeld müssen Verdrängungsprozesse benachteiligter Bevölkerungsgruppen verhindert werden. Um solche vorzeitig zu unterbinden, ist eine soziale Erhaltungsverordnung in diesen Stadtteilen notwendig. Diese, in Kombination mit der Umwandlungsverordnung, ist die einzige vom Gesetzgeber vorgesehene Möglichkeit, aufwändige Modernisierungen zu begrenzen. Vor allem werden so spekulative Umwandlungs- und Verkaufstätigkeiten von Wohnungen stark eingeschränkt.
- Dass Moorburg aus dem Hafenentwicklungsplan entlassen wird. Moorburg ist ein Stadtteil, der in den vergangenen Jahren besonders unter den nur an den Interessen der Wirtschaft ausgerichteten Planungen gelitten hat. Für DIE LINKE. ist es ein unverzichtbarer Bestandteil jeglicher Stadtentwicklungsplanung im Bezirk, den Stadtteil Moorburg zu erhalten. Infolge der neuen Container-Prognosen muss Moorburg aus dem Hafenentwicklungsplan entlassen werden, so dass die Ausweisung neuer Wohnbebauung möglich wird.
- Barrierefreies Bauen im Wohnungs-, aber auch im Straßen- und Wegebau, durchzusetzen, wo immer es möglich ist .
- ► Wohnungstauschmöglichkeiten zu erleichtern: Dazu muss vor allem an Genossenschaften appelliert werden. Außerdem fordern wir eine Verpflichtung der SAGA.

Die Förderung von Senior\*innen-Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäusern durch Bauleitplanung und in Baugenehmigungsverfahren.

## Chancengleichheit herstellen: in Kita und Schule!

Harburg braucht mehr Investitionen in Kita-Ausbau und -Qualität

Über die mit der Volksinitiative "Mehr Hände für Hamburgs Kitas" getroffenen Verbesserungen hinaus sind weitere Investitionen in Kita-Qualität und Integration von Flüchtlingskindern dringend nötig. Im Bezirk Harburg hat eine Vielzahl von geflüchteten Familien eine neue Heimat gefunden. Deren Kinder brauchen Kita- und Schulplätze. Vor allem die sogenannten 5-Stunden-Plätze in den Kitas sind in Harburg Mangelware.

### DIE LINKE. fordert:

- In einem ersten Schritt die verbesserte Finanzausstattung der 5-Stunden-Gutschein-Plätze in Harburger Kitas.
- Ein bedarfsdeckendes Angebot. Dazu müssen aktuelle Bedarfszahlen ermittelt werden und ein transparentes Verfahren zur Bekanntmachung von Kitaplanungen entwickelt werden.

### Harburg braucht einen aktuellen regionalen Schulentwicklungsplan

Auf Grund wachsender inklusiver Beschulung, der steigenden Akzeptanz des schulischen Ganztages, der Integration geflüchteter junger Menschen und der drohenden Schließung einer katholischen Schule ist



der aktuell geltende Schulentwicklungsplan von 2012 längst überholt.

### DIE LINKE. fordert:

► Die Erarbeitung eines neuen Schulentwicklungsplanes für Harburg und

Süderelbe unter Beteiligung aller Akteure vor Ort.

Dass das Grundstück der Katholischen Schule Neugraben an die Stadt zurückgeht, um dort ein zusätzliches staatliches Schulangebot bereitzustellen.

In Hamburg hängt der Bildungserfolg immer noch stark vom Elternhaus ab. Diese Bildungsungerechtigkeit wird durch die Spaltung des Hamburger Schulwesens in Stadtteilschulen und Gymnasien ("Zwei-Säulen-Modell") noch verstärkt und zeigt sich im Bezirk Harburg in besonderer Weise.

### DIE LINKE, fordert:

- Eine inklusive Schule für alle mit ausreichenden Ressourcen. Dies würde Ausgrenzung und Abschulung ächten und mit klugen pädagogischen Konzepten den sozialen Zusammenhalt im Stadtteil stärken, indem alle Kinder und Jugendliche ihren Fähigkeiten entsprechend individuell begleitet und gefördert werden.
- Einen Ganztag, in dem sich die Kinder und Jugendlichen wohlfühlen. Wir bevorzugen dabei das Modell des gebundenen Ganztags, in dem alle Kinder und Jugendlichen bis 16 Uhr lernen, essen und spielen. Hausaufgaben gehören dann der Vergangenheit an.
- Für alle Kinder ein kostenloses Frühstück in der Grundschule.

Gewaltprävention, das Schlichten von Konflikten und ein allgemeines Verständnis von einer gewaltfreien Gesellschaft sind ein Grundpfeiler unseres Schulsystems. Deshalb darf für militaristische Institutionen wie die Bundeswehr kein Platz an unseren Bildungsstätten sein.

### DIE LINKE. fordert:

Das Verbot von Bundeswehrwerbung in Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Arbeitsagenturen und auf öffentlichen Plätzen.

# Soziale Infrastruktur stärken und ausbauen!

In Hamburg ist jedes fünfte Kind unter 18 Jahren armutsgefährdet. Bei den 18-25jährigen Jungerwachsenen sind es in Hamburg sogar knapp 28 Prozent. Im Bezirk Harburg lebt sogar jedes vierte Kind in Armut, Besonders von Armut betroffen bleiben Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern. Trotzdem fehlt in Hamburg ein Programm, das Armut von Kindern, Jugendlichen und Jungerwachsenen systematisch bekämpft. DIE LINKE. macht sich stark für den Ausbau präventiver niedrigschwelliger Angebote und Hilfen, da Investitionen in die soziale Infrastruktur langfristig wirken und auch die Kosten von nachgelagerten Hilfesystemen deutlich minimieren würden.

### DIE LINKE. fordert:

Einen Ausbau der Frühen Hilfen und eine Stärkung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Dabei ist eine zentrale Forderung die Schaffung weiterer Personalstellen. Die Refinanzierung der Tariferhöhungen muss ein regulärer Bestandteil der

Rahmenzuweisungen an die freien und kommunalen Träger sein.

- In Harburg und Süderelbe jeweils zwei unbefristete Stellen für Straßensozialarbeit. Es muss Schluss sein mit der stets befristeten und unsicheren Finanzierung!
- In Harburg und Süderelbe je ein Kinder-und Familienzentrum.
- Eine bezirkliche Jugendhilfeplanung, eine konkrete Bedarfsermittlung im Bezirk und eine Evaluation der Offenen Kinderund Jugendarbeit. Die Kosten dafür müssen zukünftig in den Rahmenzuweisungen regelhaft Berücksichtigung finden.
- Dass der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) den Bedarfen der Hilfe suchenden Familien und jungen Menschen entsprechend ausgestattet, geschult und organsiert wird.
- Je ein Soziales Kaufhaus in Harburg und Süderelbe, in dem auch Großmöbel angeboten werden.
- Mehr Sitzmöglichkeiten im öffentlichen Raum, auf Plätzen und in Parks nicht nur wieder zulassen, sondern aktiv schaffen und für ihren Erhalt sorgen.
- Den Ausbau öffentlicher kostenfreier Toiletten.
- Nahversorgung erhalten über Bebauungspläne und Mieterschutz für kleine Läden.

# Senioren - Soziale Teilhabe auch im Alter

Menschen über 60 bilden einen immer größeren Teil der Bevölkerung, auch im Bezirk Harburg. Wir wollen, dass auch sie gleichberechtigt am Leben teilhaben kön-

nen. Dazu bedarf es auf Bundesebene u.a. einer Rentenpolitik, die Altersarmut verhindert sowie einer Gesetzgebung zur Kranken- und Altenpflege, die eine am Menschen und nicht am Profit orientierte Pflege sichert. Die Hamburger Bürgerschaft muss endlich dafür sorgen, dass die ständigen Preiserhöhungen beim HVV gestoppt werden. Das Senior\*innenmitwirkungsgesetz muss fortentwickelt werden im Sinne einer echten Mitbestimmung der Senior\*innen. Dazu bedarf es u.a. einer Verpflichtung von Ämtern und Behörden, die Senior\*innenvertretungen von vorne herein an den die Senior\*innen betreffenden Entscheidungen zu beteiligen.

### DIE LINKE. fordert:

- Offene dezentrale
   Senior\*innenarbeit finanziell absichern.
- Wirksame Kontrollen der Pflegeeinrichtungen und hinreichende Personalausstattung beim Bezirk.
- ► Gut ausgestattete, auch dezentrale Pflegestützpunkte.
- Vorbeugung gegen Vereinsamung durch Angebote in möglichst fußläufiger Entfernung ohne Konsumzwang.

### Gesundheit

Es ist nach wie vor ein Skandal, dass der damalige, von der CDU geführte, Senat Hamburgs Krankenhäuser 2007 privatisiert hat - entgegen dem eindeutigen Ergebnis eines Volksentscheids.

Gesundheit ist keine Ware! Sie darf nicht den Profitinteressen der Konzerne unterliegen, sondern muss sich nach dem Bedarf der Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen richten.

### DIE LINKE. fordert:

- Die Rekommunalisierung der Gesundheitsversorgung und damit der ehemaligen LBK-Krankenhäuser sowie der Heime von Pflegen & Wohnen.
- Die Einrichtung von zwei kommunalen Gesundheitszentren in Harburg Kern und Süderelbe mit mindestens je einer/m Hausarzt/-in, einer/m Kinderarzt/-in, einer/m Gynäkologen/-in, einer Hebamme und einer gesundheitlichen, psychologischen sowie einer Sozial- und Rechtsberatung.
- Einen Gesundheitskiosk nach dem Billstedter Vorbild in Harburg und Neuwiedenthal.

# Umwelt und Verkehr: für Mensch und Natur

### Verkehr

Für die Lebensqualität in Harburg wird der Schutz der Umwelt und menschenfreundliche Verkehrsplanung immer bedeutsamer. DIE LINKE. setzt sich für eine kehr sowie den Rad- und FußgängerverVerkehrspolitik ein, die den schienengebundenen Verkehr gezielt fördert und die Dominanz des Autoverkehrs zurückdrängt. Wichtig ist uns ein massiver Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), damit immer mehr Menschen auf ein privates Fahrzeug verzichten können.

Das Ziel ist eine möglichst umweltfreundliche und erschwingliche Mobilität für alle Menschen. Auf Kinder, Senior\*innen und

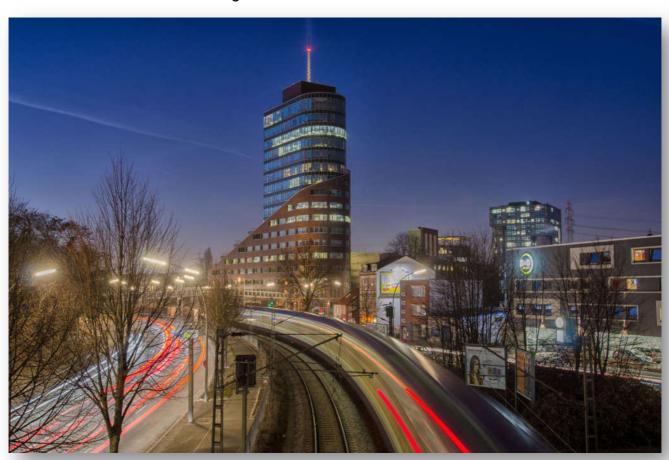
Menschen mit Behinderung muss dabei besonders Rücksicht genommen werden.

### DIE LINKE. fordert:

- ▶ Die Einführung des Ein-Euro-Modells für den ÖPNV in ganz Hamburg, wie es bereits in Wien praktiziert wird. 365 Tage unbegrenzte Mobilität – für einen Euro pro Tag!
- Eine zweite Trasse durch eine weitere Elbtunnelröhre für die Bahnverbindung nach Altona.
- ▶ Die Verlängerung der U4 nach Harburg.
- Die schnellstmögliche Umstellung aller im Betrieb stehenden Busse in umweltfreundliche Busse. Auch ist eine den Anforderungen gerechte Aufstockung der Buskapazitäten notwendig. Ein angemessener Ausbau der Taktzeiten ergibt sich

selbstredend.

- Die Planungen und Umbau des Zentralen Omnibusbahnhofs in Harburg, da sie für alle Nutzer\*innen Erleichterungen bringt und den ÖPNV im Bezirk Harburg verbessert.
- Endlich die Vorstellung des versprochenen LKW-Führungskonzeptes aus dem Lärmaktionsplan 2013 (Stufe 2).
- Die im Hamburger Lärmaktionsplan vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen beschleunigt umzusetzen, beginnend mit der Winsener Straße, Bremer Straße, Eißendorfer Straße, Cuxhavener Straße und Stader Straße.
- Dass die Ampelphasen für Fußgänger verlängert werden.



Nachts müssen zahlreiche Ampeln abgeschaltet werden, um den Verkehrsfluss energiesparend und lärmmindernd zu verbessern. Es müssen alternative Konzepte zu der bisher vorwiegend an Wirtschaftsinteressen ausgerichteten Verkehrs- und Stadtplanung entwickelt werden.

- Einen wesentlich schnelleren Ausbau der Velorouten und übrigen Straßen mit Radfahrstreifen, Schutzstreifen und vermehrten Fahrradstraßen. Diese müssen auch so breit gebaut werden, dass sie zum Radfahren einladen und nicht zu Unfällen führen.
- ▶ Bei Schutzstreifen und Radfahrstreifen dürfen die Mindestbreiten der bundesweiten Regelwerke nicht unterschritten werden, d.h. Schutzstreifen 1,25 m, Radfahrsteifen 1,85 m.

### Umwelt und Klima

Wir sehen Stadtnatur als wichtigen Faktor für die Lebensqualität der Menschen in Harburg an. Grünräume dienen der Naherholung und wirken sich positiv auf die psychische und physische Gesundheit aus. Zudem brauchen wir Grünflächen als Schutz vor den Folgen der Klimaerwärmung und nicht zuletzt als Filter gegen Luftschadstoffe.

Umweltschutz ist auch Menschenschutz. Lärm und Luftverschmutzung treffen am stärksten die finanziell Benachteiligten. Die negativen gesundheitlichen, ökologischen und klimatischen Folgen machen das Betreiben des Kohlekraftwerkes in Moorburg unverantwortlich.

Für die Lebensqualität und Gesundheit der Menschen ist ferner die Naherholung in Parks und Grünanlagen unverzichtbar.

### DIE LINKE, fordert:

Die Pflege dieser Gebiete muss besser finanziert wird. Die Bezirke brauchen mehr Gestaltungsmöglichkeiten, damit öffentlich Bedienstete diese Aufgaben



wahrnehmen.

- Wo immer möglich, muss die Versiegelung von Grünflächen vermieden werden.
- Umweltschutz darf nicht der kapitalistischen Verwertungslogik unterworfen werden. DIE LINKE. setzt sich für eine dauerhaft lebenswerte Umwelt ein, für den Erhalt von Naturschutzgebieten sowie für den besonderen Schutz von gefährdeten Pflanzen und Tieren.
- Die sofortige Stilllegung des Kohlekraftwerkes in Moorburg.
- Grünachsen und Biotopverbünde müssen erhalten und ausgebaut werden.
- Die Versiegelung von Flächen in der Nähe von Gewässern muss vermieden werden und es ist notwendig, einen gezielten Rückbau einzuleiten.
- ▶ Biotope müssen in allen Plänen verbindlich mit Bestandsschutz ausgewiesen werden.
- Urbanes Gärtnern ist zu fördern.
- Eingriffe in die Natur sind im selben Stadtteil auszugleichen. Wenn dafür nur sehr junge Bäume gepflanzt werden, dann muss der Ausgleich mindestens 1 zu 3 betragen.
- Ausbau der Luftmessstationen für eine genauere Bestandsaufnahme der Luftschadstoffe und strengere Grenzwerte in Wohngebieten. Die Standorte der Messstationen müssen direkt an den Straßen sein, damit genaue Werte gemessen werden können.
- Die Reduzierung der Feinstaubbelastung.
- Die Natur- und Tierschutzgesetze der Freien und Hansestadt Hamburg, der

Bundesrepublik Deutschland und Europas sind strikt einzuhalten.

In Zusammenarbeit mit der zuständigen Behörde muss eine Abschätzung erfolgen, welche Auswirkungen die Klimaveränderung für die im Bezirk Harburg befindlichen Flächen, Deiche, Wohnbebauungen und Gewerbegebiete hat.

# Zusammenleben im Bezirk Harburg fördern!

Eine erfolgreiche Integrationspolitik erfordert einen ganzheitlichen Ansatz, der die gleichberechtigte politische, soziale und gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen zum Ziel hat. Jeder Mensch braucht die Möglichkeit, sich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen - und zwar von Anfang an und unabhängig von individuellen Fähigkeiten, kultureller wie sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter.

### Integration

DIE LINKE. fordert:

- Das Recht auf Kommunalwahl für alle Bürger\*innen ab 16 Jahren, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer Nationalität.
- Die Stärkung des Integrationsrats, unter anderem durch einen Verfügungsfonds. So ist es diesem möglich, Räume und Sachmittel zu finanzieren, um beispielsweise Veranstaltungen durchzuführen.
- ► Eine Stärkung und Förderung der Migrant\*innen(selbst)organisationen, u.a.

indem Räume und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden und dass eine dauerhafte Finanzierung von Mitarbeiter\*Innen und Arbeitsprogrammen gewährleistet wird statt begrenzter Projektförderungen.

### Inklusion

DIE LINKE. steht für eine Politik, die in allen gesellschaftlichen Bereichen die Rechte der Menschen mit Behinderung beachtet und mit ihnen gemeinsam durchsetzt. In allen Verwaltungen, in den Kommunen, in den Bildungseinrichtungen, in den Einrichtungen der Fürsorge und Wohlfahrt, im Gesundheitswesen, in den Parteien, Vereinen, Interessenverbänden und in der Wirtschaft –überall müssen die Bürgerrechte Barrierefreiheit, Recht auf Teilhabe (Partizipation), Emanzipation, Inklusion und Solidarität gelebt werden. Dabei ist uns die Behindertenrechtskonvention der

UN eine Richtschnur.

### DIE LINKE. fordert:

Einen behindertengerechten Ausund Umbau von Spielplätzen.

### Kultur in Harburg fördern!

Kunst und Kultur sind kein Luxus, sondern gehören zur bezirklichen Infrastruktur wie Schulen, Kitas, Ämter oder Straßen. In den letzten Jahren wurde dieser Bereich sträflich vernachlässigt. Es braucht aber eine angemessene Würdigung der engagierten und ohnehin oft unentgeltlichen Kulturarbeit im Bezirk – egal ob in geförderten oder nicht-geförderten Strukturen.

### DIE LINKE. fordert:

Die Stärkung und Weiterentwicklung der kulturellen Aktivitäten im Bezirk Harburg, d.h. Erfassung und Auswertung von



Bedarfen der Kulturschaffenden Harburgs.

- Die Einhaltung der Hamburger Richtlinien für Stadtteilkultur ('Globalrichtlinie'), die eine aktive Gestaltung der Kulturarbeit, die Schaffung von Perspektiven für Räume und Arbeitsmöglichkeiten der verschiedenen Genres wie Tanz, Theater, Musik, Literatur oder Bildender Kunst vorsieht.
- ► Unterstützung so gewünscht für die herausragenden Harburger Kulturevents wie den Kulturtag, die SuedKultur Music-Night, SuedLese, Keine Knete trotzdem Fete, Umsonst & Draußen etc.
- Die Einsetzung eines Kulturbeirats samt Verfügungsfonds mit dem Recht, Empfehlungen auszusprechen! Denn Harburgs Kultur braucht eine eigene Stimme und alle profitieren der Erfahrung und dem Gestaltungswillen der Kulturschaffenden.
- Die aktive Abhilfe kultureller Raumnot! Auch Kultur braucht bezahlbaren Platz und Räume. Hier muss seitens des Bezirks aktive Hilfe erfolgen, um eine Abwanderung zu verhindern und der steigenden Nachfrage nach Kulturangeboten gerecht zu werden.
- Den personellen Ausbau des bezirklichen Personals für Kultur. Kultur braucht Unterstützung auch personell und mit Know-How. Mit einer knappen Personalstelle ist eine gute Arbeit nicht leistbar.
- Ein Harburger Kulturbüro, damit alle Menschen sich über die zahlreichen Angebote informieren und an ihnen teilhaben können.
- Allen Menschen die Teilhabe an Kultur zu ermöglichen, insbesondere durch preisliche Ermäßigungen.

### Sport in Harburg fördern!

Im Bereich sportlicher Aktivitäten braucht Harburg für alle Menschen angemessene Spiel- und Freizeitflächen und frei zugängliche Bolzplätze in jedem Stadtteil.

### DIE LINKE, fordert:

- Ausreichende Platz- und Hallenzeiten für die Vereine, um bedarfsgerecht trainieren zu können.
- Die Mittel für den Neubau, Sanierung und die Instandhaltung der Sporthallen und Sportplätze im Bezirk müssen deutlich erhöht werden und die personellen Kapazitäten des Bezirksamtes verbessert werden.

In den drei Neubaugebieten in Neugraben und Fischbek (Vogelkamp, Heidbrook und Reethen) werden bis zu 12.000 Bewohner einziehen, die meisten junge Familien mit kleinen Kindern

### DIE LINKE, fordert:

Die Herstellung von zwei Fußballfeldern im Fischbeker Reethen und kurzfristig die Instandsetzung des ehemaligen Fußballplatzes in Neumoorstücken.

# Ein Schwimmbad für Harburg!

Das Angebot zum Schwimmen lernen ist im Bezirk schon seit langem dürftig. Das geht zu Lasten der Gesundheit der Kinder und aller Menschen in Harburg. Je weniger Kinder schwimmen lernen, desto dramatischer steigt die Zahl der Ertrinkungstode. Aufgrund der Passivität des Senates war die Gründung der Initiative "Yes we swim" lediglich eine logische Konsequenz. Obwohl sich Bevölkerung und Bezirksver-

sammlung für ein weiteres "echtes Schwimmbad" im Harburger Kerngebiet eingesetzt haben, zeigt sich der Senat unnachgiebig und möchte diesem Vorhaben auf unabsehbare Zeit einen Riegel vorschieben.

### DIE LINKE. fordert:

Ein weiteres Hallenbad im Stadtteil Harburg Kern!

# Keinen Fußbreit den Faschisten!

DIE LINKE. kämpft gegen jede Form von Faschismus, Rassismus und Diskriminierung. Für uns sind der aktive Widerstand und die Unterstützung aller Initiativen dagegen Bestandteil unseres Selbstverständnisses. Vor allem geht es uns darum, die sozialen und gesellschaftlichen Ursachen von Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen. Alle haben in jeder Lebenslage das Recht auf ein menschenwürdiges Leben unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Ausrichtung, gesellschaftlichen Stellung und der wirtschaftlichen Verwertbarkeit ihrer Arbeitskraft. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Zuspitzung der Konkurrenz und die Zerstörung des Sozialstaates sind der Nährboden für faschistische Ideologie und Gewalt. Aufklärungsarbeit ist ein wesentliches Mittel, um Rechtspopulismus und Faschismus entgegenzuwirken. Diese werden wir aktiv betreiben und parlamentarisch wie außerparlamentarisch unterstützen. Im Kampf gegen die reaktionäre Deutung der sozialen Widersprüche hat die Entwicklung breiter humanistischer Bündnisse eine große Bedeutung.

### DIE LINKE. fordert:

- Die Umbenennung von nach Nazis oder anderen Antidemokraten benannten Straßen und Plätzen. Bei Neubenennungen sind Antifaschist\*innen, Widerstandskämpfer\*innen und Opfer rechter Gewalt vorrangig zu berücksichtigen.
- Die antimilitaristische und antifaschistische Geschichts- und Kulturarbeit im Bezirk, wie die der Initiative "Gedenken in Harburg", muss gefördert werden.

### DIE LINKE.

### Bezirksverband Harburg

Wallgraben 24, 21073 Hamburg

Telefon: 040-690 809 01

Email: bv-vorstand@die-linke-harburg.de

mehr Informationen:

www.die-linke-harburg.de

V.i.S.d.P: Simon Dhemija, Mitglied im Bezirksvorstand

### Unsere Kandidaten zur Bezirksversammlungswahl am 26. Mai 2019 in Harburg

Platz 1: Jörn Lohmann, 58, Fachwirt für Sozial- und Gesundheitswesen

"Die Mieten sind oft nicht mehr bezahlbar. Deshalb: Mieten deckeln und mindestens 50% geförderte Wohnungen bei Neubauten. Damit Menschen mit geringem Einkommen nicht verdrängt werden."



Platz 3: Sahbattin Aras, 39, Sozialarbeiter

"Ich engagiere mich für gute Kinderbetreuung und Spielplätze, gute Schulbildung, auskömmlich finanzierte Jugendeinrichtungen, ausreichend Sportplätze und vielfältige Kultur- und Freizeitangebote für jeden."



Platz 5: Michael Schulze, 60, Techniker

"Die im Hamburger Lärmaktionsplan vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen sind beschleunigt umzusetzen. Die Wohngebiete müssen z. B. durch LKW-Nachtfahrverbote entlastet werden."



Platz 7: Beate Pape, 60, Rentnerin

"Tierschutz ist seit 2002 im Grundgesetz verankert. Doch leider passiert hier von den regierenden Parteien viel zu wenig. Ich setze mich für eine tierversuchsfreie Forschung und für das Tierwohl ein."



Platz 9: Ursula Kohnen, 68, Pflegerin

Platz 10: Ivar Lethi, 48, Optiker

Platz 11: Kadriye Baksi, 65, Autorin

Platz 12: Michael Melnik, 53,

Bergbau-Ingenieur

Platz 13: Traute Peters, 73, Kfm. Angestellte

Platz 14: Martin Prust, 40, Glas u. Gebäudereiniger



"Harburg ist ein Bezirk, der von seiner kulturellen Vielfalt lebt. Für mich sind der aktive Widerstand und die Unterstützung aller Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit Bestandteil meines Selbstverständnisses.

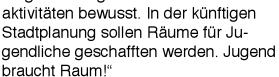


Platz 4: Corinna Meyer-Suter, 59, Gesundheitswissenschaftlerin

"Die Anzahl der niedergelassenen Mediziner\*innen liegt erheblich unter der aller anderen Bezirke. Als ersten Schritt zur besseren Versorgung fordert DIE LINKE. daher zwei kommunale Gesundheitszentren."



Platz 6: Simon Dhemija, 20, Schüler "Als junger Mensch wird einem in Harburg der mangelnde Platz für Freizeit-





Platz 8: Heiko Langanke, 50, Dipl.-Politologe, Selbstständig

"Harburg hat eine starke Kulturlandschaft. Sie führt die Menschen zusammen, stärkt die Werte von Demokratie, Vielfalt, Respekt. Sie verdient dafür aber auch mehr Anerkennung, Respekt, Raum und Geld."



Platz 15: Sven Peters, 53, IT Spezialist

Platz 16: Taras Filanich, 55, Post-Angestellter

Platz 17: Aziz Atalan, 54, Dolmetscher

Platz 18: Gustav Peters, 76, Bundesbahnbeamter i. R.

Platz 19: Wolfgang Mihatsch-Klann, 68, Pensionär

Platz 20: Reinhard Abraham, 64, Geschäftsführer